Nr. 112. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:

Vierteljährl. 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Poſtbezug: Monatlich 5,50 Mk. exkl. Zuſtellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutſchland und Oeſterreich-Ungarn 8,75 Mk., für das übrige Ausland 13.— Mk., bei täglich einmal. Zuſtellung 11.— Mk. + Valuta-Aufſchlag. Poſtbeſtellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Poſt-Zeitungs-Preisliſte.

Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erſcheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adreſſe
„Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts
Berliner Volksblatt
Zentralorgan der ſozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands

Anzeigenpreis:

Die achtgeſpaltene Nonpareillezeile koſtet 2.— M., Teuerungszuſchlag 50 %. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zuläſſig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengeſuche und Schlafſtellenanzeigen das erſte Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchſtaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuſchlag 50 %. Familien-Anzeigen, politiſche und gewerkſchaftliche Vereins-Anzeigen 2.— M. die Zeile ohne Aufſchlag. Anzeigen für die nächſte Nummer müſſen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeſchäft, Berlin SW 68, Lindenſtraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenſtr. 3.
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Montag, den 1. März 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenſtr. 3.
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die Abfindungsfrage.

Der Hohenzollernanwalt gegen den „Vorwärts".

In der „Voſſiſchen Zeitung" nimmt der Juſtizrat Dr. W. Loewenfeld das Wort, um vor der Beratung in der Landesverſammlung noch einmal für die Sache ſeines Klienten einzutreten. Er nennt das Vorgehen des „Vorwärts" in der Frage der Abfindung „ein überraſchendes Ereignis", obwohl der „Vorwärts" ſeit dem Bekanntwerden des Vergleichsvorſchlags ſtets denſelben Standpunkt eingenommen hat wie jetzt und meint, daß wir uns „mit gewiſſen Vorbehalten dem Antrag der Unabhängigen" angeſchloſſen hätten. Unſere Anregung bezweckt zwar etwas ganz anderes, aber der Zweck iſt offenbar, ſie den bürgerlichen Parteien als eigentlich von den Unabhängigen kommend verdächtig zu machen. Dieſe Methode des Juſtizrat Lowenfeld iſt bekannt, für ihn iſt jeder ein Unabhängiger oder ein Kommuniſt, der gegen ſeine Klienten Intereſſen der Allgemeinheit wahrnimmt.

Herr Dr. Loewenfeld findet unſere Anregung, ein Reichsgeſetz auf Grund der Reichskonferenz zu erlaſſen, „nicht ganz klar". Er meint, daß zur Interpretation des Art. 153 das preußiſche Geſetz über die Enteignung von Grundeigentum vom 11. Juni 1874 herangezogen werden müſſe, und kommt von da zu dem Schluß, ohne eine Verfaſſungsänderung ſei der von uns vorgeſchlagene Weg nicht gangbar, für eine ſolche Verfaſſungsänderung ſei aber keine Mehrheit da. Der Art. 153 gibt der Reichsgeſetzgebung ausdrücklich das Recht, Enteignungen ohne Entſchädigung und unter Ausſchluß des ordentlichen Gerichtswegs anzuordnen, durch anders lautende alte Landesgeſetze kann er in ſeiner Bedeutung nicht eingeſchränkt werden.

Herr Dr. Loewenfeld meint ſchließlich, der vorgeſchlagene Vergleich laſſe den Hohenzollern kaum einen „angemeſſenen Unterhalt". Da kommt es ganz auf den Begriff des „angemeſſenen Unterhalts" an. (Was iſt z. B. ein „angemeſſener Unterhalt" für Kriegsbeſchädigte, zu deren Kategorie — Gott ſei dank! — kein einziges Mitglied der Hohenzollernfamilie gehört!) Iſt aber der Vergleich für die Klienten des Dr. Loewenfeld ſo ſchlecht, ſo iſt erſt recht nicht einzuſehen, warum nicht eine andere Vergleichsbaſis geſchaffen werden ſoll. Eben die wollen wir!

Pfalz und Saarſtaat.

Saarbrücken, 1. März. Die pfälziſchen Gemeinden Erbach, Reiskirchen, Sanddorf und Bruchhof baten die Grenzkommiſſion um Aufnahme in den Saarſtaat.

Streikrückgang in Frankreich?

Verhaftungen wegen Militäraufreizung.

Paris, 29. Februar. (Havas.) Die Zahl der Streikenden iſt auf verſchiedenen Linien wieder zurückgegangen. Zwiſchenfälle während des Sonntags wurden nicht gemeldet. Gegen den Genoſſen Midol, der ſich gegenwärtig in Dijon befindet, wurde ein Haftbefehl erlaſſen wegen Aufforderung des Militärs zum Ungehorſam. Am Sonntagvormittag wurde Louis Loreal, der im Blatt „Le Libertaire" einen Appell an die Rekruten des Jahrgangs 1920 veröffentlichte, verhaftet. Sein wirklicher Name iſt Louis Raffin. In dem Bureau des Blattes wurde eine Hausſuchung vorgenommen.

Offiziöſe Beſchwichtigungsverſuche.

Paris, 1. März. (Havas.) Verſchiedene Nachrichten aus dem Lande laſſen erkennen, daß der Aufforderung zum Generalſtreik ſehr wenig nachgekommen wird. Die Wiederaufnahme der Arbeit iſt an verſchiedenen Orten ſehr häufig. So erklärten die Geleiſearbeiter von Breſt, am Streik nicht teilnehmen zu wollen, und die Arſenalarbeiter lehnen jede Solidarität mit den Streikenden ab. In Agen und Périgueux iſt der Streik faſt allgemein. Auf der Oſtbahn iſt die Arbeiterſchaft ruhig. In Nantes hat der größte Teil der Arbeiter die Arbeit niedergelegt, auch in Montauban iſt der Streik faſt vollſtändig. Die Verallgemeinerung der Streikbewegung dürfte jedoch ſchwierig ſein, ſchon infolge des Zögerns der Arbeiter und der ſtellenweiſen Wiederaufnahme der Arbeit.

Die zuverſichtlichen Sätze der halbamtlichen Havas-Agentur am Anfang und am Schluß dieſes Telegramms ſtehen eigentlich im Widerſpruch mit den meiſten Mitteilungen über Arbeitsniederlegung, die es enthält.

Die belgiſchen Sozialiſten und die 2. Internationale.

Genoſſe Eduard Bernſtein ſchreibt uns:

Die „Freiheit" bringt in ihrer Nummer vom Sonntag einen Beſchluß des Generalrates der belgiſchen Arbeiterpartei, den dieſer am 18. Februar in Brüſſel mit 60 gegen 4 Stimmen beſchloſſen hat, und begleitet ihn mit der Bemerkung, damit ſei die zweite Internationale endgültig erledigt.

Dieſer Jubel über die glückliche Zerſpaltung der Internationale iſt für die Seelenverfaſſung des Urhebers jener Notiz ſo bezeichnend, daß ſich jedes qualifizierte Beiwort erübrigt. In der Sache ſelbſt interpretiert die „Freiheit" übrigens den belgiſchen Beſchluß ſchwerlich richtig. Ihr Text weicht in zwei Punkten nicht unweſentlich von dem Text ab, den das internationale ſozialiſtiſche Sekretariat ſoeben verſendet. Dieſer Text lautet:

Der Generalrat, durchdrungen von der Notwendigkeit die Arbeiterbewegungen aller Länder zu gemeinſamer Aktion zu vereinigen, in der Ueberzeugung, daß der Beſchluß der deutſchen Unabhängigen, die zweite Internationale zu verlaſſen, den Charakter der Beteiligung Deutſchlands an der allgemeinen Bewegung vollſtändig zu verfälſchen droht, und daher außerdem geeignet iſt, eine beklagenswerte Zerſplitterung der ſozialiſtiſchen Kräfte herbeizuführen in einem Augenblick, wo die in vielen Ländern drohende Reaktion mehr denn je Einigkeit erheiſcht, erklärt ſich bereit, an jedem Meinungsaustauſch teilzunehmen, der die gegenwärtigen Mißverſtändniſſe zerſtreuen und dazu beitragen könnte, alle Arbeiterorganiſationen, die während des Krieges und nachher den fundamentalen Grundſätzen der ſozialiſtiſchen und Arbeiter-Internationale treu geblieben ſind, wieder um dieſe Internationale zu verſammeln.

Wir wollen in den Beſchluß nicht mehr hineindeuten, als erklärlich ſagt. Eins aber geht unzweifelhaft aus ihm hervor, daß die belgiſchen Sozialiſten nicht gewillt ſind, die zweite Internationale im Kriechen vor dem Bolſchewismus preiszugeben.

Der Straßburger Kongreß.

Loriot für und Renaudel gegen Moskau.

Straßburg, 29. Februar. Am Sonnabendnachmittag trat Loriot für den Anſchluß der franzöſiſchen ſozialdemokratiſchen Partei an die dritte Internationale ein und forderte die Schaffung von Arbeiterräten, welche die Diktatur des Proletariats ausüben ſollen. Renaudel erinnerte daran, daß Loriot anläßlich der Kriegserklärung ſelbſt für die Landesverteidigung geſtimmt habe. Er zitierte folgende Worte Lenins: Die erſte Pflicht des bolſchewiſtiſchen Sozialismus beſtehe darin, die Niederlage des eigenen Vaterlandes herbeiführen zu helfen. Welcher franzöſiſche Sozialiſt würde es wagen, hier öffentlich zu ſagen, man müſſe dazu beitragen, die Niederlage Frankreichs herbeizuführen? Der Bolſchewismus habe nichts anderes hervorgerufen als die Anarchie.

Demonſtration gegen Poincaré

Auf dem Straßburger Parteitag teilte Raffin-Dugens mit, daß der ſozialiſtiſche Abgeordnete Fernand-Faure einen Antrag auf ſtrafgerichtliche Verfolgung Poincarés eingereicht habe, als Antwort auf die Reſolution des Parlaments, wonach der frühere Präſident der Republik ſich Dank des Vaterlandes erworben habe.

•

Wir leſen in der „Humanité" vom 24. Februar:

„Vor einigen Tagen hat unſer junger Genoſſe Raymond Lefebvre in einer von der ſozialiſtiſchen Partei in Enghien veranſtalteten öffentlichen Verſammlung den Präſidenten Poincaré angegriffen. Man weiß, welche ſchwere Verantwortung ſeit 1912 auf dieſem leichtfertigen Mann laſtet. Er war in der Regierung der offenkundige Agent der Kriegspartei und war das Werkzeug des mörderiſchen Zarismus. Seine erſte Reiſe nach Petersburg im Auguſt 1912 iſt um einige Wochen dem erſten Balkankrieg, ſeine zweite Reiſe iſt nur um wenige Tage dem Kriege von 1914 vorangegangen. Früher oder ſpäter wird ſich Herr Poincaré über dieſe doppelte Frage ausſprechen müſſen. Und wir werden dann wiſſen, ob ja oder nein, Raymond Lefebvre recht hatte, als er in Enghien ausrief, was er übrigens keineswegs beſtreitet: Das Parlament hat erklärt, daß Poincaré ſich den Dank des Vaterlandes verdient hat. Was er in Wirklichkeit verdient hat, das iſt, an die Wand geſtellt zu werden!"

Wegen dieſer Majeſtätsbeleidigung wird Raymond Lefebvre vor dem Schwurgericht von Seine und Oiſe im April erſcheinen müſſen. Wie man ſieht, beſteht Herr Millerand darauf, die Vorkriegszeit in ihrer ſchönſten Erſcheinung wieder einzuführen, nämlich durch die Wiederbelebung der politiſchen Prozeſſe. Vielleicht wird er es bereuen, dieſer Neigung zur Unterdrückung nachgegeben zu haben. Lefebvre ſchreibt uns, daß nicht er vor dem Schwurgericht der wirkliche Angeklagte ſein wird, ſondern der unheilvolle Politiker, deſſen ſieben Jahre Präſidentſchaft im Gedächtnis der Menſchheit als die ſieben Jahre der Reaktion und des Krieges bleiben werden, wie ſie im voraus von Jaurès genannt wurden. Unter dieſen Umſtänden könnte der Prozeß Lefebvre ſehr wohl zum Prozeß Poincaré werden.

Der Prozeß Poincaré! Schon? Wie alles ſchnell geht!"

Entſtaatlichung der amerikaniſchen Bahnen.

Waſhington, 29. Februar. (WTB.) Wilſon hat die Eiſenbahnbill unterzeichnet.

Reichswirtſchaftspolizei.

Von Hermann Wäger.

Wie die Verfolgung des internationalen Verbrechertums gewiſſe kriminal-techniſche Methoden gezeitigt hat und ſich entſprechend der Spezialiſierung im Verbrechertum unter den Exekutivorganen gleichfalls wieder Spezialiſten herausgebildet haben, ſo hat auch die Bekämpfung der Schieber, Schleichhändler und Wucherer zu einer Spezialiſierung nicht nur der angewandten polizeitechniſchen Methoden, ſondern ſogar zur Schaffung beſonderer Exekutivbehörden in ſämtlichen Einzelſtaaten geführt.

Wenn auch der Gedanke, unſer geſamtes Polizeiweſen zu vereinheitlichen, etwas Beſtechendes an ſich hat, ſo muß doch betont werden, daß ſich die Vorteile der Vereinheitlichung nur dann erkennbar zeigen, wenn hierbei die Grenzen der ſachlichen und materiellen Zuſtändigkeiten gewahrt werden. Die Uebertragung der allgemeinen kriminal-techniſchen Methoden auf die Bekämpfung des Schleichhandels- und Schiebertums iſt für alle Kenner dieſes Spezialgebietes ein Ding der Unmöglichkeit. Man kann beiſpielsweiſe bei der Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers keine Waffen aus dem Arſenal des modernen Erkennungsdienſtes benützen. Mit Fingerabdrücken, Photographien uſw. laſſen ſich keine Schleichhändler und Schieber ermitteln.

Der Warenverkehr des Schleichhandels iſt an die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel gebunden. Der Schleichhändler und Schieber iſt nicht ohne weiteres erkennbar, ſondern kann erſt dann ermittelt werden, wenn ſeine verſchobenen Waren beim Transport oder bei der Lagerung in die Hände der Exekutivorgane fallen. Das Schwergewicht der Schleichhandels- und Wucherbekämpfung muß daher auf die Ueberwachung der Verkehrswege gelegt werden. Das Rüſtzeug der Exekutivbeamten der Wirtſchaftspolizei iſt in erſter Linie die Kenntnis der geſamten Notwirtſchaftsgeſetzgebung. Dieſe iſt ſo umfangreich, daß ſie ein Studium für ſich erfordert, und es bedarf längerer Zeit, bis die mit der Schleichhandelsbekämpfung betrauten Exekutivorgane ſich nur einigermaßen die erforderlichen Kenntniſſe der Geſetze und Verordnungen verſchafft haben.

Das hat zur Folge gehabt, daß bereits während des Krieges Behörden entſtanden ſind, die ſich lediglich mit der Verfolgung der Verbrechen und Vergehen gegen die Notwirtſchaftsgeſetze befaſſen. Dieſe Wirtſchaftspolizei mit den nötigen Anweiſungen und Inſtruktionen zu verſehen, ſind die Verwaltungsbehörden der Einzelſtaaten, denen ſonſt das geſamte Polizeiweſen unterſteht, nicht in der Lage. Aus dieſer Erkenntnis heraus hat ſich bereits während des Krieges die Notwendigkeit ergeben, die Wirtſchaftspolizei nicht der inneren Verwaltung, ſondern den Wirtſchaftsminiſterien bezw. den Ernährungsbehörden zu unterſtellen. Dieſe hiſtoriſche Entwicklung beweiſt allein ſchon, daß die Tätigkeit der Wirtſchaftspolizei vollſtändig aus dem Rahmen der Tätigkeit der Kriminalpolizei fällt. In allen größeren Freiſtaaten beſtehen heute noch unter der Bezeichnung „Landeswucheramt" oder „Landespolizeiamt beim Staatskommiſſar für Volksernährung" uſw. Organiſationen der Wirtſchaftspolizei, die je nach dem Intereſſe der Regierungen der Einzelſtaaten an der Durchführung unſerer Zwangswirtſchaft mehr oder weniger ausgebaut ſind. Daß nicht bei allen Einzelſtaaten das gleiche Verantwortungsgefühl für die Bekämpfung dieſes Krebsſchadens unſerer Wirtſchaft beſteht, zeigen wenige Zahlen.

Die Wirtſchaftspolizei des größten Gliedſtaates Preußen, die ihre Tätigkeit noch auf 10 angeſchloſſene Freiſtaaten erſtreckt, arbeitet mit einem Jahresetat von 4 Millionen und mit kaum 200 Beamten. Das ſehr viel kleinere Bayern wartet dagegen mit einem Beamtenſtabe von über 600 auf. Das kleine Baden gibt monatlich 600 000 M., alſo das Doppelte wie Preußen, für die Bekämpfung des Schleichhandels aus und hat einen größeren Beamtenſtab als das preußiſche Landespolizeiamt. Aehnlich liegt das Verhältnis in Württemberg. Das ſind m. E. Zahlen, die eine ſehr deutliche Sprache reden, und man wird es daher verſtehen, wenn ich ſchon wiederholt über die unzulängliche Unterſtützung, die das Landespolizeiamt beim preußiſchen Staatskommiſſar für Volksernährung durch die preußiſche Regierung findet, klagen mußte. Wenn man dabei bedenkt, daß die Beamten des Landespolizeiamtes in Preußen in der Hauptſache nicht für die Bekämpfung des Schleichhandels in der Provinz, ſondern in erſter Linie für die Verhinderung der wilden Ein- und Ausfuhr an den Reichsgrenzen verwendet werden, ſo kann man ſich ein Bild von den troſtloſen Zuſtänden bei der Schleichhandels- und Wucherbekämpfung in Preußen machen.

Dieſe Erkenntnis legt ohne weiteres den Gedanken nahe, die Bekämpfung des Schleichhandels und Wuchers der Zuſtändigkeit der Einzelſtaaten im gewiſſen Grade zu entziehen. Der Reichswirtſchaftsminiſter, der für die Durchführung der Zwangswirtſchaft und für den Aufbau unſerer Volkswirtſchaft auf gemeinwirtſchaftlicher Grundlage zuſtändig und verantwortlich iſt, kann bei den ungeheuren Widerſtänden, die ſeiner Wirtſchaftspolitik von den verſchiedenen Seiten entgegengeſetzt werden, und bei dem Mangel ſeines Einfluſſes auf die

Ausgeſtaltung der Wirtſchaftspolizei — ohne deren Funktionierung ſeine Anordnungen und Maßnahmen auf wirtſchaftlichem Gebiete nur auf dem Papiere ſtehen — ſeine Aufgaben unmöglich erfüllen. Ich habe daher vor Monaten bereits die Forderung erhoben, daß die geſamte Schleichhandels- und Wucherbekämpfung vom Reiche einheitlich zuſammengefaßt wird und daß durch die Errichtung eines Reichswirtſchaftspolizeiamtes im Reichswirtſchaftsminiſterium eine Zentralſtelle für die geſamte Wirtſchaftspolizei der Gliedſtaaten geſchaffen wird.

Dieſe Beſtrebungen haben ſachlich nicht das geringſte zu tun mit dem Plan des Reichsminiſters des Innern, die Bekämpfung des internationalen Verbrechertums durch die Schaffung eines Reichskriminalpolizeiamtes zu vereinheitlichen. Man iſt jetzt dabei, den Gedanken des Reichswirtſchaftspolizeiamtes mit dem Plane der Schaffung eines Reichskriminalpolizeiamtes zu verquicken. Man will die als notwendig erkannte Zentralſtelle für die Reichswirtſchaftspolizei als eine Unterabteilung des im Reichsminiſterium des Innern neu zu ſchaffenden Reichskriminalpolizeiamtes erſtehen laſſen. Hierbei beſteht die Gefahr, daß die Reichswirtſchaftspolizei dem Einfluß des Reichswirtſchaftsminiſters entzogen wird, wenn das Reichsminiſterium des Innern, dem die geſamte Notwirtſchaftsgeſetzgebung bisher weſensfremd war, in Zukunft beſtimmenden Einfluß auf die Durchführung der geſamten Wirtſchaftsgeſetzgebung ausübt. Dem Reichswirtſchaftsminiſter darf man nicht nur, wie dies bei einer ſolchen Regelung möglich wäre, lediglich das Recht einräumen, über den Reichsminiſter des Innern, dann über den Leiter des Reichskriminalpolizeiamtes hinweg, Anregungen für die Schleichhandelsbekämpfung uſw. zu geben. Man brauchte kein Prophet zu ſein, um vorausſagen zu können, daß dieſe Art der Zentraliſation der Wirtſchaftspolizei mit einem Abbau der Schleichhandels- und Wucherbekämpfung überhaupt gleichbedeutend iſt. Der jetzige Zuſtand auf dieſem Gebiete wäre dieſer Löſung wahrhaftig vorzuziehen, wenn endlich einmal dafür geſorgt werden könnte, daß die Einzelſtaaten ihrem Umfang nach ſich ihrer Verantwortlichkeit in der Durchführung der Wirtſchaftsgeſetze bewußt werden und die erforderlichen Mittel und Beamten zur Löſung dieſer Aufgabe bereitſtellen.

Wie ſtellen ſich nun die Fachleute auf dem Gebiete der Schleichhandels- und Wucherbekämpfung zu dieſem Plane? Die Leiter ſämtlicher Landeswucherämter einſchließlich des Landespolizeiamtes beim preußiſchen Staatskommiſſar für Volksernährung ſtehen auf dem Standpunkt, daß nur die Schaffung eines Reichswirtſchaftspolizeiamtes im Reichswirtſchaftsminiſterium die einzig mögliche Form der Vereinheitlichung der Wirtſchaftspolizei darſtellt, dagegen die geplante Eingliederung der Zentralſtelle für die Schleichhandelsbekämpfung in das zu gründende Reichskriminalpolizeiamt der ſchwerſte Schlag für die Schleichhandelsbekämpfung überhaupt bedeutet. Dieſe Auffaſſung haben die Vertreter der ſüddeutſchen Bundesſtaaten Bayern, Baden, Württemberg einmütig zum Ausdruck gebracht. Das preußiſche Landespolizeiamt iſt bisher darüber nicht befragt worden.

Es muß mit allem Nachdruck darauf hingewirkt werden, daß bei der Schaffung eines ſo wichtigen Geſetzes die von den beteiligten Fachleuten erhobenen Bedenken berückſichtigt werden. Es darf unter keinen Umſtänden dahin kommen, daß die Wirtſchaftspolizeibehörden der Einzelſtaaten beſeitigt und die ihnen bisher geſtellten Aufgaben der allgemeinen Kriminalpolizei zugewieſen werden. Auch im Rahmen des zur Diskuſſion ſtehenden neuen Geſetzentwurfs läßt ſich die Vereinheitlichung der Wirtſchaftspolizei durchführen, wenn dafür geſorgt wird, daß Anweiſungen und Inſtruktionen für die Schleichhandelsbekämpfung vom Reichswirtſchaftsminiſterium ausgehen und Sicherheiten dafür geſchaffen werden, daß die wirtſchaftspolizeiliche Abteilung beim Reichskriminalpolizeiamt entgegenſtehenden Einflüſſen entzogen wird.

Günſtige Abſtimmungsausſichten in Maſuren.

Ein Urteil Winnigs.

Genoſſe Auguſt Winnig, der Oberpräſident von Oſtpreußen, machte anläßlich eines kurzen Aufenthalts in Berlin einem Mitarbeiter unſeres Blattes folgende Mitteilung über die Abſtimmungsausſichten in Maſuren:

Der Termin der Volksabſtimmung in Maſuren über die Zugehörigkeit zu Deutſchland oder zu Polen ſteht noch nicht feſt. Nach Ausſagen von Mitgliedern der Ententekommiſſion iſt aber anzunehmen, daß die Abſtimmung ſpäteſtens im Juli oder Auguſt ſtattfinden wird.

Die Wahlausſichten kann ich auf Grund meiner genauen perſönlichen Kenntnis der Verhältniſſe als äußerſt gut bezeichnen. Alle Kreiſe können als zuverläſſig deutſch angeſehen werden. Peſſimiſten hegen einige Bedenken wegen des Kreiſes Allenſtein-Land, aber auch dieſe halte ich für übertrieben, denn auch dort gehört die weit überwiegende Mehrheit der Bevölkerung den Heimatbünden an. Dieſes ſind parteipolitiſch neutrale Organiſationen der deutſchfühlenden Bevölkerung, zu denen auch die ſozialdemokratiſchen Parteiorganiſationen in gutem Verhältnis ſtehen. Die ſozialdemokratiſche Arbeiterſchaft ſteht geſchloſſen zu Deutſchland. Einzelne Abtrünnige ſind in einer ſehr erfreulichen Art abgeſchüttelt worden, wie der Parteivorſitzende von Soldau, Sakowski, der nach dem Einmarſch der Polen ſich von dieſen das Landratsamt übertragen ließ. Gegen S. haben ſämtliche Parteiorganiſationen und Arbeitervereine des Kreiſes Neidenburg geſchloſſen Stellung genommen.

Die engliſche Beſatzung verhält ſich durchaus korrekt. Unſere Sicherheitspolizei im Abſtimmungsgebiet beſteht weiter. Die Engländer haben wiederholt erklärt, daß ihnen der Wahlausfall vollkommen gleichgültig iſt. Ein Druck von dieſer Seite iſt nicht zu befürchten.

Ein unerfreuliches Beiſpiel von Würdeloſigkeit und Liebedienerei vor der Entente haben allein die Unabhängigen gegeben. Nach der Beſetzung des Abſtimmungsgebiets durch die Entente wandten ſie ſich an den engliſchen Vorſitzenden der alliierten Kommiſſion mit allen möglichen Beſchwerden, namentlich wollten ſie von ihm die Aufhebung des Ausnahmezuſtandes erwirken. Der Engländer erklärte ihnen jedoch, er nähme keinerlei Beſchwerden entgegen, werde keine Anordnungen der Regierung aufheben, er ſei allein wegen der Abſtimmung da, alle anderen Dinge gingen ihn nichts an. Das mußten ſich die Unabhängigen von einem Engländer ſagen laſſen!

Die maſuriſche Landbevölkerung ſpricht zum größten Teil nicht deutſch, ſondern ihren ſlawiſchen Dialekt. Trotzdem will ſie von Polen nichts wiſſen, ſie fühlt ſich den Polen kulturell überlegen und zu Deutſchland gehörig. Freilich iſt dieſe Bevölkerung auch unter der alten Regierung niemals wegen ihrer fremden Sprache drangſaliert und ſchikaniert worden wie die Polen und andere. Hier zeigt ſich, daß bei guter und gerechter Behandlung auch fremdſprachige Elemente durchaus für Deutſchland gewonnen werden konnten.

Mit der eigenen Peitſche!

Ein bewegliches Klagelied tönt uns aus den Spalten der „Freiheit“ entgegen. Artur Criſpien, der radikale Parteivorſitzende der U. S. P. D., iſt von ſeinen eigenen Anhängern, wie wir ſchon berichteten, in Charlottenburg niedergebrüllt worden, weil dort ein Rechtsanwalt Broh, bis 1918 glühender Patriot und Annexioniſt, den noch Radikaleren mimte. Nun macht Criſpien ſeinem gequälten Herzen in bewegten Ausführungen Luft. Er ſchildert auf reichlich zwei Spalten, was für ein braver, treuer, lieber Parteigenoſſe, welch ein Prachtmenſch geradezu er, Artur Criſpien, von früher Jugend auf geweſen ſei, wie er ſogar für die Partei Flugblätter ausgetragen und im Gefängnis geſeſſen habe. Und nun muß ihm das paſſieren, als „Oberbonze“ einfach niedergebrüllt zu werden! Nur ein Wort der Gerechtigkeit und Vernunft zu ſprechen, das war des braven, treuen Parteimärtyrers einzige Abſicht. Aber:

> Der akademiſch geſchulte Juriſt und „radikale“ Parteigenoſſe wollte das nicht zulaſſen. Er half es auch durchſetzen, daß unſer „Oberbonze“ mit ſeinem geſunden Menſchenverſtand niedergeſchrien wurde. Und wie! Der radikale Juriſt gab ein leuchtendes Beiſpiel akademiſcher Bildung **und feuerte irregeführte Arbeiter immer wieder dazu an, den „Oberbonzen“ nicht ſprechen zu laſſen. Unſer „Oberbonze“ wurde beſchimpft, wie noch nie in ſeinem Leben. Wörter wie Bremſer, Oberbonze, Schieber, Verräter waren vielleicht noch nicht einmal die ſchlimmſten.**
>
> Beſchimpft und niedergeſchrien wie noch nie im Leben! Das will viel ſagen. Denn unſer „Oberbonze“ hat nicht nur manche ſtürmiſche Parteiverſammlung mitgemacht, ſondern auch manche wilde gegneriſche Verſammlung. **Nicht einmal in jener Verſammlung weſtpreußiſcher Agrarier, in der er dem „blutigen Stallknecht von Januſchau“ entgegentrat, wurde er ſo behandelt wie im Kreiſe ſeiner eigenen Genoſſen** von ſeinen eigenen Genoſſen. Das niederzuſchreiben iſt bitter. Es muß aber geſchrieben werden. Denn erbärmlich wäre es, nicht offen auszuſprechen was iſt. Es muß geſchrieben werden, damit Beſinnung und Scham und der Wille geweckt werden, ſolche Parteiſitten nicht aufkommen zu laſſen. Bis hierher und nicht weiter!

Ja: Bis hierher und nicht weiter! — Hätte Criſpien nur etwas früher „Bis hierher und nicht weiter“ gerufen, dann wäre ihm ſelber das nicht paſſiert. Aber er und ſeine Freunde haben ſchmunzelnd und händereibend dabei geſeſſen, wenn ergraute Arbeiterführer der Mehrheitsſozialdemokratie, die mindeſtens die Parteivergangenheit eines Criſpien aufweiſen konnten, von jungen Burſchen in der gleichen und noch ſchlimmeren Weiſe niedergebrüllt wurden. Die Verrohung, über die Criſpien hier klagt, haben wir im „Vorwärts“ hundertmal feſtgeſtellt. Aber dann war es für die „Freiheit“ immer nur „prächtiger Proletarierzorn“, der ſich in angeblich ſehr gerechtfertigter Weiſe Luft machte. Nun, wo Criſpien mit der eigenen Peitſche geprügelt wird, brüllt er nach Leibeskräften: Bis hierher und nicht weiter! Nein, an ihm bewahrheitet ſich der Satz: Die ich rief die Geiſter, werd' ich nun nicht los!

Die Wirkung der Hungerblockade.

Ein mediziniſches Gutachten.

Das Gutachten über den „Einfluß der Kriegsverhältniſſe auf den Geſundheitszuſtand im Deutſchen Reich“, das am 20. Dezember 1917 im Reichsgeſundheitsrat von den beiden führenden Forſchern auf dem Gebiete der Ernährungsfrage, Geh. Rat Rubner und Geh. Rat Müller, erſtattet wurde und damals ſtreng geheim blieb, wird jetzt in einer Beilage der „Münchener Mediziniſchen Wochenſchrift“ veröffentlicht.

Wie die Zeitſchrift mitteilt, geſchieht dies nicht, „um die Zahl unerfreulicher „Enthüllungen“ zu vermehren, ſondern weil es ſich um wertvolle Aeußerungen zweier führender Forſcher und um denkwürdige Zeugniſſe zur Geſchichte des Krieges handelt, die in der nüchternen, einwandfreien Sprache der Tatſachen zeigen, daß allen deutſchen Offizieren und Soldaten meiſt mit Unrecht zur Laſt gelegten „Greuel“ ein Nichts ſind gegenüber den Leiden und nicht wieder gutzumachenden Schäden, welche die Grauſamkeit der Kriegführung unſerer Feinde einem ganzen Volke auferlegt hat.“ In der Einleitung zu der Veröffentlichung wird betont, wie ſehr ſich bereits 1917 die Schädigungen der Volksernährung geltend machten, und dieſer Zuſtand wurde immer ſchlimmer, da ſich an die Kriegsblockade auch noch die lange Waffenſtillſtandsblockade anſchloß. In dem Gutachten wird dann auch darauf hingewieſen, „daß ein Grund der nachzuweiſenden Schäden in der Art der Verteilung der Nahrung liegt, welche einzelne Volksteile und Perſonengruppen in ihrer Verſorgung mehr oder minder hochgradig benachteiligt. Die traurigen Verhältniſſe, die ausführlich geſchildert werden, zeigten ſich in erſter Linie in den Städten und vor allem in den Großſtädten. Die Unterlagen wurden auf Grund einer Umfrage in den Bundesſtaaten gewonnen. Aus den Beobachtungen für Preußen, die durch die Berichte aus den übrigen Gebieten des Reiches beſtätigt wurden, ergab ſich: „Die einfache Rationierung iſt unzureichend. Sie reicht bei Abſchluß aller anderen Nahrung zur dauernden Erhaltung des Lebens der Erwachſenen nicht hin.“

Bei den Kindern machten ſich damals die Schädigungen noch nicht ſehr bemerkbar. Von den Erwachſenen heißt es: „Die im freien Verkehr lebenden geſunden Erwachſenen im Alter von etwa 20 bis 60 Jahren ſind im allgemeinen magerer, aber nicht weniger leiſtungsfähig als ſonſt. Ausgenommen ſind ein großer Teil des Kleinbürgertums, die nicht voll Arbeitsfähigen, aber auf den Arbeitsverdienſt mehr oder weniger Angewieſenen und die Geiſtesarbeiter. Bei ihnen treten Zuſtände von Körperſchwäche und geringerer Leiſtungsfähigkeit öfter in die Erſcheinung.

Die Sterblichkeit der Perſonen über 50 Jahre iſt bedeutend erhöht. Die in geſchloſſenen Anſtalten lebenden Erwachſenen, hin und wieder auch die Jugendlichen, leiden zum Teil ſehr ſchwer, und zwar ſowohl die Geſunden wie die Kränklichen und Kranken. Die Tuberkuloſeſterblichkeit iſt ſehr ſtark geſtiegen. Die friſchen Erkrankungen nehmen gleichfalls bedeutend zu. Dieſe Feſtſtellungen Rubners werden durch den Bericht Friedrich Müllers beſtätigt und ergänzt. Der große Gelehrte nennt die Fleiſchfrage eine Klaſſenfrage und die Fettfrage, abgeſehen von der Milch, eine Küchenfrage. Die Zuführung von Kohlehydraten und ſpeziell von Kartoffeln aber nennt er eine Lebensfrage. „Die Kartoffel,“ ſagt er, „iſt jetzt allein imſtande, die Bevölkerung vor dem Hinſiechen in jenen Zuſtänden zu bewahren, welche uns in der Oedemkrankheit in ſo erſchreckender Weiſe als Warnung vor Augen ſtehen. Daraus ergibt ſich die zwingende Notwendigkeit, daß alles geſchehen muß, um dieſe wichtige Frucht für die Ernährung des Menſchen in genügender Menge bereitzuhalten. Die Kartoffeln dem Menſchen, die Rüben dem Vieh, nicht umgekehrt!“

Der Paßzwang in Oberſchleſien.

Oppeln, 1. März. (TU.) Nach einer Meldung aus der franzöſiſchen Botſchaft wird der Paßzwang im Verkehr mit Oberſchleſien erſt Ende März in Kraft treten. Die Abſtimmungstermine in Oberſchleſien ſind vom Rat der Alliierten noch nicht feſtgeſetzt. Die Paßkontrolle findet für die Strecke Oppeln—Breslau auf der Station Dambrau und für die Strecke Oppeln—Neiße in Schielow ſtatt.

*

Durch dieſe Mitteilung wird gleichzeitig ein ſachlicher Irrtum in unſerem Artikel vom Sonnabendabend „Oberſchleſien unter der Beſetzung“ richtiggeſtellt, der ſich durch ein techniſches Verſehen eingeſchlichen hatte. Nur Lehrer und Staatsbeamte nämlich haben beim Verlaſſen Oberſchleſiens ein Geſuch an die franzöſiſche Zivilverwaltung in Oppeln zu richten, während dieſe Beſtimmung für die übrige Bevölkerung nicht gilt.

Völkerbund und Wiedergutmachungsausſchuß.

Amſterdam, 1. März. In der Unterhausſitzung vom 26. Februar fragte Lord Cavendiſh Benting den Premierminiſter, ob die Regierung den alliierten Regierungen empfehlen würde, daß der Wiedergutmachungsausſchuß als Ausſchuß des Völkerbundes eingeſetzt wird, und daß Vertreter der deutſchen und öſterreichiſchen Regierung als Mitglieder in dieſe Körperſchaft aufgenommen werden, damit die gegenſeitigen Rechtsanſprüche und die Anforderungen des wirtſchaftlichen Wiederaufbaues ausgeglichen werden und Mitteleuropa vor dem Bankerott gerettet wird. Lloyd George erwiderte, dieſer Vorſchlag bedeute eine vollkommene Umſtoßung der Bedingungen des Völkerbundes. Er könne daher die Alliierten nicht auffordern, ihn anzunehmen.

Stahlarbeiterſtreik in England.

London, 29. Februar. Die Stahlarbeiter in Südwales haben am Sonnabend beſchloſſen, in den Ausſtand zu treten, um eine 40prozentige Lohnerhöhung zu erreichen. Dadurch werden 16000 Arbeiter berührt.

Zur Beſoldungsreform.

Zuſammengehen von Poſt- und Eiſenbahnbeamten.

Am Sonnabend, den 28. Februar, fand im Reichsverkehrsminiſterium eine gemeinſame Sitzung der Beauftragten der Perſonalvertretung beim Reichsverkehrsminiſterium und des Beamtenbeirats im Reichspoſtminiſterium zwecks Beratung der Beſoldungsreform ſtatt. In allen Punkten wurde volle Uebereinſtimmung erzielt. Auf beiden Seiten erkannte man unumwunden an, daß die Verkehrsbeamten, Eiſenbahn ſowohl als auch Poſt, gleich zu bewerten ſeien, und daß ſie auch vereint marſchieren müſſen, um die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu erreichen. Man kam überein, engſte Fühlung miteinander zu halten und völlige Solidarität zu wahren.

Preußiſche Landesverſammlung.

Waſſerkraft und Kohlenausnutzung.

Der Aelteſtenrat der Preußiſchen Landesverſammlung beſchloß heute, ſich wegen der Teuerungszulagen für die Abgeordneten mit der Nationalverſammlung in Verbindung zu ſetzen. Ueber eine eventuelle Vertagung des Hauſes wurde noch kein endgültiger Beſchluß gefaßt. In der nächſten Woche ſoll die Verfaſſung auf die Tagesordnung geſetzt werden und zwar vorausſichtlich am Mittwoch. Im Plenum begründet heute zunächſt Genoſſe Meyer-Lippſtadt einen Antrag, der von der Regierung die Vorlegung einer Denkſchrift über die Benutzung der Waſſerkräfte und Vorſchläge über die reſtloſe Ausnutzung der Kohlen verlangt.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Die „Denunziation“ Erzbergers. — Der Auslieferungsparagraph. — Der Fall Jahnke.

An dem heutigen Verhandlungstage, an dem der Vorſitzende mit der Beweisaufnahme zu Ende zu kommen hofft, wird zunächſt der Fall „Denunziation“, der „Fall Jahnke“ und dann noch einmal die „Friedensreſolution“ verhandelt werden.

Um ½10 Uhr eröffnet der Vorſitzende Landgerichtsdirektor Baumbach die Sitzung. Hierauf werden die Zeugen aufgerufen. Hierauf erhält Staatsſekretär Helfferich das Wort, um ſich zum

Fall der Denunziation

zu rechtfertigen.

Helfferich: Ich habe Herrn Erzberger in meiner Broſchüre den Vorwurf der Denunziation gemacht. Herr Erzberger hatte mich in der „Deutſchen Allgemeinen Zeitung“ als den Exponenten jener verhängnisvollen Politik hingeſtellt, die eine geradlinige Politik gegenüber Belgien zu hintertreiben wußte. Er ſtellt mich ferner als denjenigen hin, unter deſſen Aegide die ſchwerinduſtriellen Aſpirationen auf Belgien organiſiert worden ſeien. Herr Erzberger ſtellte es ſo hin, als ob ich die Hauptverantwortung für die belgiſche Politik hätte. Dieſer Vorwurf des Herrn Erzberger iſt ſubjektiv und objektiv falſch geweſen. Herr Erzberger hat dann weiter in der Nationalverſammlung wörtlich geſagt:

> „Um ſo ſchärfer der Angriff, deſto ſchärfer die Abwehr. Dann werden Sie ſich auch nicht beklagen dürfen, daß einzelne Menſchen in Deutſchland in unangenehme Situationen kommen. Sie könnten etwa auf die Auslieferungsliſte geſtellt werden. Wenn man jetzt mit Publikationen vorgehe, dann könnte einzelnen das Mißgeſchick paſſieren, auf die Auslieferungsliſte geſetzt zu werden.“

Herr Erzberger erklärte weiter, er habe noch keine Namen genannt, wenn aber die Angriffe nicht aufhörten, dann werde die Regierung gezwungen ſein, Namen zu veröffentlichen. Ich ſtelle feſt, daß mein Name als einziger bereits öffentlich genannt war. So habe ich denn das Vorgehen des Herrn Erzberger eine „gemeine Denunziation“ genannt, die, wie ich nicht mit Unrecht glaube, ſeinem wenig anſtändigen Charakter entſprungen iſt. Ich war deshalb berechtigt, bei Herrn Erzberger eine **Niedrigkeit der Geſinnung** anzunehmen.

Erzberger: Alles, was der Angeklagte eben behauptet hat, erkläre ich unter meinem Eide für falſch. Ich habe ſchon früher darauf hingewieſen, daß einer meiner Beamten mich darauf aufmerkſam gemacht hat, es wäre doch unerhört, daß Helfferich es wage, von dem „Krebsſchaden Erzberger" zu ſprechen, wo doch alle wüßten, daß Helfferich

die Schuld an unſerem Zuſammenbruch

trage, weil er in der belgiſchen Frage vollkommen verſagt hat und eine offene Ausſprache mit der Entente über Belgien verhindert hat. Die parlamentariſche Verantwortung für die belgiſche Frage trug das Reichsamt des Innern, deſſen Chef der jetzige Angeklagte war. Am 25. Juli habe ich in der Nationalverſammlung ausgeführt, daß eine klare Stellungnahme Deutſchlands zur belgiſchen Frage den Frieden herbeigeführt hätte. Die Behauptung, daß ich den Angeklagten habe auf die Auslieferungsliſte bringen wollen, weiſe ich als ſchwerſte Beleidigung entſchieden zurück. Ich muß es auch energiſch zurückweiſen, daß ich an dem Auslieferungsparagraphen des Friedensvertrages Schuld habe. Ich habe in der Nationalverſammlung ausgeführt: „Wenn dieſer Kampf weitergeführt würde, dann könne die Regierung gezwungen werden, Namen zu nennen, und die Verantwortung für das, was daraus reſultierte, falle denen zu, die dieſen Kampf führen. Wenn dieſe Herren den Kampf haben wollen, ſo können ſie ihn haben, er würde dann aber auch mit aller Rückſichtsloſigkeit geführt werden. Mein Gedankengang war alſo klar, ich wollte ſagen, daß ich aus dem Material der großinduſtriellen Aſpirationen auf Belgien gezwungen ſein könnte, Namen zu nennen, und daß ich deshalb die Aufforderung an dieſe Kreiſe richtete, den Kampf einzuſtellen, weil doch nichts dabei herauskommt.

Vorſ.: An eine Nennung des Namens Helfferichs haben Sie nicht gedacht? — Erzberger: Ich konnte ja gar nicht daran denken. Es handelte ſich um die Namen der Großinduſtrie, die ich nicht nennen wollte und durfte und die ich auch nicht genannt habe. — Oberſtaatsanwalt Krauſe: Wenn Sie die Vertreter der Großinduſtrie meinten, dann meinten Sie doch auch Exzellenz Helfferich, denn Sie ſagten doch, daß er der Führer war. — Erzberger: Das waren doch alles Leute, die in Belgien ſelbſt tätig waren. — Vorſ.: Alſo nebenbei konnte dieſer Hinweis ſich vielleicht auch auf Exzellenz Helfferich beziehen. — Helfferich: Will der Herr Nebenkläger behaupten, daß er ſich bewußt war, durch Nennung der Namen für die Betreffenden Gefahr heraufzubeſchwören, daß ſie auf

die Auslieferungsliſte

geſetzt würden. — Erzberger: Ich habe ja keinen Namen geſagt. Ich habe ja geſagt, man ſolle mich nicht dazu zwingen. — Helfferich: Aus dem belgiſchen Material ergibt ſich keine Schuld für mich. — Erzberger: **Die belgiſche Regierung gibt Sie als Haupturheber an**, das habe ich bei Gelegenheit des Mark-Abkommens erfahren. — Helfferich: Ich bin Ihnen dankbar, daß Sie auf das Mark-Abkommen zu ſprechen kommen. — Vorſ.: Darauf wollen wir aber wirklich nicht eingehen. — Rechtsanwalt Alsberg: Der Herr Nebenkläger verkennt, was ihm hier vorgeworfen wird. Es wird ihm nicht vorgeworfen, daß er Namen genannt hat, ſondern daß er geſagt hat: „Wenn Sie den Kampf weiterführen uſw., dann nenne ich Namen!" Ich möchte den Nebenkläger bitten, ſich darüber zu äußern, ob dieſe Stelle anders interpretiert werden kann, als dies von uns geſchieht. — Erzberger: Die Behauptung iſt falſch. Ich habe geſagt, die Regierung könne gezwungen werden. — Alsberg: Das iſt doch dasſelbe.

Als nächſter Zeuge wird hierauf **Geheimrat Rießer** vernommen. Vorſ.: Wie haben Sie damals die Ausführungen des Herrn Nebenklägers verſtanden? — Zeuge: In der Sitzung am 25. Juli ſprach ich für die „Deutſche Volkspartei" zu den Anträgen der Veröffentlichung von Akten und der Errichtung eines Staatsgerichtshofes. Am Schluſſe meiner Rede kam ich auf einen Vorfall zu ſprechen, der mir telefoniſch von einem Dr. Reichard mitgeteilt worden war und der für die Richtigkeit ſeiner Behauptungen einſtehen wollte. Es handelte ſich um folgendes: Erzberger ſoll

ein Kriegszielprogramm

aufgeſtellt haben. Er hat am 17. Juni 1917 erklärt, wir müßten das Erzbecken von Briey und Longwy haben. Der Schluß von Erzbergers Rede hatte einen offenſichtlich beleidigenden Ton. Herr Erzberger ſagte: „Je ſchärfer der Angriff, deſto ſchärfer die Abwehr." — Vorſ.: Das haben wir ſchon gehört. — Zeuge: Herr Erzberger mußte ſich darüber klar ſein, daß ſeine Rede, die Mitteilungen aus dem Material des Reichswirtſchaftsamts enthielt, von der Entente als Auslieferungsverlangen aufgefaßt werden mußte. Hugenberg hat dieſe Empfindung in der Sitzung ſelbſt auch gehabt. — Es erhebt ſich über die Frage, ob Erzberger in der damaligen Sitzung der Nationalverſammlung falſch verſtanden worden ſei, weil bei ſeinem Vortrag die Interpunktion, durch welche der Sinn ſeiner Worte entſtellt werden konnte, nicht genügend zum Ausdruck gebracht worden ſei, eine längere Debatte, die der Vorſitzende dann endlich abkürzt.

Damit iſt die Frage der Denunziation beendet und es wird nun noch einmal

der „Fall Jahnke"

verhandelt. Jahnke war bekanntlich der mutmaßliche Dieb, der aus dem „Deutſchen Flottenverein" Aktenſtücke entwendete, die bald darauf im „Bayeriſchen Courier" erſchienen. Heute ſoll Landgerichtsrat Cuno darüber vernommen werden, ob — Cuno leitete damals die Unterſuchung gegen Jahnke — Erzberger dem Landgerichtsrat gegenüber abgeleugnet habe, den Dieb zu kennen. — Zeuge: Durch General Keim war mir vertraulich mitgeteilt worden, daß Jahnke Herrn Erzberger Dokumente zum Kauf angeboten habe. Ich legte Herrn Erzberger beim Verhör die Frage vor, ob er wiſſe, durch wen die Notiz in den „Bayeriſchen Courier" gekommen ſei und ob er den Täter kenne. Herr Erzberger verweigerte auf beide Fragen die Antwort. — Oberſtaatsanwalt Krauſe: Iſt zwiſchen Ihnen von einer Verletzung des Urheberrechts die Rede geweſen, wenn Herr Erzberger ausſagen ſollte? — Zeuge: Nein. — Vorſitzender: Hatten Sie bei der Vernehmung überhaupt die Empfindung, als könne es ſich bei dem Diebſtahl um eine

Hehlerſchaft des Herrn Nebenklägers

handeln? — Zeuge: Darauf kann ich mich nicht beſinnen.

Zu dieſem Thema wird dann der Rechtsanwalt Bertram, der ſeinerzeit den angeklagten Redakteur des „Bayeriſchen Courier" verteidigte, vernommen. Der Zeuge gibt an, daß er mit Erzberger bekannt war und ſich öfter an ihn wandte, wenn er aus dem Reiche von Zentrumsmitgliedern Bittſchriften uſw. erhielt, die er an Erzberger weiterleitete. Rechtsanwalt Bertram ging im März 1907 zu Erzberger, zu einer Zeit, in der er die Verteidigung des „Bayeriſchen Courier" nicht führte. Er ſagt hierüber aus: Unſer Geſpräch kam auch auf den

Vorfall im Flottenverein.

Ich hatte darüber ſo manches in den Zeitungen geleſen und ſagte zu Erzberger, daß ich an Jahnke, der des Diebſtahls beſchuldigt ſei, inſofern Intereſſe nahme, als ich deſſen Vater damals in einer Zivilſache vertrat. Erzberger erwiderte mir, ein Diebſtahl von Akten liegt nicht vor, aber ich möchte Sie in dieſer Sache um Ihren Rat bitten, da ich als Abgeordneter keine Ausſagen machen möchte. Wir ſprachen dann noch im allgemeinen darüber, ob es möglich ſei, daß ein Abgeordneter Tatſachen, die ihm in ſeiner Eigenſchaft als Parlamentarier mitgeteilt wurden, vor Gericht aufzudecken gezwungen werden könne. Erzberger fragte mich um meinen Rat, um der Verpflichtung der Ausſage zu entgehen. Ich ſagte ihm, wenn es ſich um einen Diebſtahl handle, könne er ſein Zeugnis nicht verweigern. **Dann kam Erzberger auf die Idee, daß doch auch eine Verletzung des Urheberrechts vorliegen könne**, wenn er den Namen desjenigen nenne, der ihm das Material übergeben habe. Vorſ.: Ihre weiteren Ausſagen intereſſieren nicht, uns intereſſiert nur, daß es Herr Erzberger geweſen iſt, der auf dieſen Gedanken gekommen iſt. R.-A. Alsberg: Haben Sie eine Erklärung, warum Herr Erzberger dem Unterſuchungsrichter ſeine Auskunft verweigerte, obwohl er Ihnen doch verſichert hatte, daß kein Diebſtahl vorlag? — Zeuge: Nein. — Damit iſt auch der Fall Jahnke erledigt.

Es erfolgt nun die weitere Verhandlung über die politiſchen Fragen, die bereits am Donnerstag angeſchnitten worden ſind. Erzberger bittet zunächſt, Herrn Miniſter Giesberts darüber zu vernehmen, ob dieſer ſich an eine Unterredung erinnere, die im kleinen Kreiſe der Zentrumsfraktion ſtattgefunden hat. — Oberſtaatsanwalt Krauſe ſchlägt vor, auch Herrn v. Bethmann Hollweg noch einmal zu hören. — Helfferich: Herr Oberſt Bauer hat mir inzwiſchen mitgeteilt, daß die Unterredung zwiſchen ihm, Streſemann und Erzberger am 7. Juli im Bureau des Nebenklägers genau ſo ſtattgefunden hat, wie der Abgeordnete Streſemann ſie ſchilderte.

Hierauf wird Miniſter **Giesberts** vernommen. — Vorſ.: Iſt Ihnen etwas über die Unterredung im kleinen Kreiſe am 16. Januar 1917 bekannt? — Zeuge: Nein. — Geheimrat v. Gordon: Es handelte ſich um

eine Beſprechung über die Steuervorlagen,

die eingebracht werden ſollten. — Miniſter Giesberts: Ich kann mich unmöglich an die Einzelheiten jeder Sitzung erinnern, an der ich teilgenommen habe. — Vorſ.: Herr Erzberger will in dieſem kleinen Kreiſe geſagt haben, er komme von einer Konferenz beim Reichskanzler und dieſer habe erklärt, daß er auf die Durchführung der Vorlage keinen Wert lege. — Miniſter Giesberts: Einer ſolchen Ausſage würde ich mich unbedingt erinnern, denn die Steuerangelegenheit ſtand im Vordergrunde des Intereſſes. Miniſter Giesberts überreicht im Anſchluß daran dem Gericht ein Exposé, welches im Oktober 1917 aus dem Gedächtnis über die Vorgänge im Juli aufgeſetzt wurde und eine Beſtätigung deſſen enthält, was der Zeuge ausſagte. In militäriſchen Kreiſen ſei der Vorſtoß Erzbergers unangenehm aufgefallen und es habe plötzlich im ganzen Reiche der Preſſefeldzug gegen Erzberger eingeſetzt. — Auf weitere Fragen des Geheimrat v. Gordon, ob Erzberger mit ſeiner Reſolution gar nicht die Abſicht gehabt habe, den Reichskanzler zu ſtürzen, erklärt der Zeuge, daß Erzberger im Gegenteil noch bis zum Mittwoch nach dem Vorſtoß erwogen habe, Bethmann Hollweg zu halten.

Erzberger: Ich bin dann zum Vorſitzenden der Fraktion gegangen und habe ihm mitgeteilt, daß die Aeußerung Hindenburgs nicht richtig ſei. — Helfferich: Haben Sie dem Vorſitzenden auch mitgeteilt, wie meine Anſicht über die Friedensmöglichkeit war? — Erzberger: Das konnte ich ja nicht. Sie haben ja ſelbſt Ihren Brief als vertraulich bezeichnet. — Helfferich: Iſt nicht ſpäter auf dem Reichsausſchuß der Zentrumspartei in Frankfurt a. M. ſehr energiſch gegen den Erzbergerſchen Antrag Stellung genommen worden? — Miniſter Giesberts, ſehr erregt: Es iſt eine ganz große Gemeinheit. Jedem der dort Anweſenden iſt damals das Ehrenwort abgenommen worden, darüber zu ſchweigen. Wir mußten alle unſere Bleiſtifte aus der Hand legen. Trotzdem iſt darüber etwas bekannt geworden.

(Schluß in der Morgenausgabe.

Groß-Berlin

Der Oberbonze.

Criſpien wurde von den Charlottenburger Halbindianern der U.S.P. unter Führung des Häuptlings Broh als Oberbonze an den Marterpfahl geſtellt.

Criſpien, der gut gekämmte Paſtor der Revolution
hat einen ſchweren Kampf zu beſtehn, und zwar mit Brohn,
der auſonſten als Schowiniſte geſtrebt hat,
aber Krieg und Revolution mit Erfolg überlebt hat.

Selbiger Broh iſt nun noch radikaler als Criſpien
und darf als ſolcher ihn ſchwer durch den Kakao ziehn.
Das iſt verdammt kein leichter Spaß für dieſen;
er appelliert an die proletariſchen Tränendrüſen.

Es gilt auch für die Politik die freundliche Sitte:
wenn zwei ſich verwamſen, ſo freut ſich beſonders der dritte.
Wir ſind bei dieſem Duell die taktvoll Entfernten —
ſiehſtewoll: Säeſt du Criſpien, wirſt du Broh ernten!

Paulchen.*)

---

*) Paulchens geſammelte garſtige Lieder erſcheinen in den nächſten Tagen in Buchform unter dem Titel „Die Brotwinſel" im Verlag der Buchhandlung Vorwärts.

Von einer einſamen Inſel.

Schwanenwerder iſt eine Halbinſel jenſeits des großen Ozeans, die nur loſe und durch einen ſchmalen Landſtreifen mit dem Feſtlande zuſammenhängt. Dieſes Feſtland iſt durch einen mächtigen Wald eingenommen und trennt die Halbinſel ſo gewiſſermaßen, beſonders im Winter, von allen kulturellen Errungenſchaften des Hinterlandes. Da die Halbinſel zu klein iſt, um eine eigene Gemeinde zu bilden, ſo gehört ſie zu einer Ortſchaft der gegenüberliegenden Küſte.

So lieblich ſich das Inſeleiland im Sommer darbietet, ſo unfreundlich iſt es dort im Winter, wenn Stürme brauſen und Aeſte knacken und Schnee und Regen über kahlen Strand wie mit ſcharfen Peitſchen den Leuten ins Geſicht ſchlagen; beſonders den Schulkindern von Schwanenwerder, die am Ufer warten in der Dunkelheit des kalten Wintermorgens und das Boot herbeiſehnen, das ſie über das große Waſſer in die warme Schulſtube der gegenüberliegenden Ortſchaften führen ſoll. Sehr ſehr lange bleibt wegen Sturm und ſtarkem Wellengang das Boot oft aus. Die Kinder frieren und zittern vor Kälte. Schließlich kommt es doch und nun hat ſich der Sturm noch ſtärker erhoben. Schwierig iſt das Einbooten der Kinder. Aber ſchwieriger wird die Fahrt. Die Wellen ſchlagen herein und durchweichen die Kinder von oben bis unten. Der Motor verſagt und das Boot iſt führungslos dem Spiel der Wellen ausgeſetzt. Stundenlang wird es von den aufgeregten Waſſern hin und hergetrieben, bis ſchließlich ein gütiger Zufall die Küſte hinten auftauchen läßt. — Das wiederholt ſich ſo oft im Winter, daß die Leute von Schwanenwerder, beſorgt und in Aengſten um das Leben ihrer Kinder, nicht mehr die Zuſtimmung zu dieſer täglichen Todesfahrt geben wollten. „Sie ſollen uns eine eigene Schule hier errichten," ſagten ſie, „denn es mangelt hier nicht an leerſtehenden Räumen und auch Lehrer ſind genug vorhanden."

Drüben die Ortſchaft wollte das nicht, ſie war ſtolz auf ihre Schule und daß die Kinder von weither über das Waſſer zu ihr kommen mußten (wenn auch mit Lebensgefahr). Die Eltern von Schwanenwerder weigerten ſich weiter, ihre Kinder der täglichen Gefahr auszuſetzen und ſo entſtand auf der weltfernen Inſel der Zuſtand, daß ſeit dem 19. Dezember die Kinder von Schwanenwerder keine Schule mehr beſuchen.

Soweit die Geſchichte von den Schulkindern auf der einſamen Inſel, die ſeit bald einem Vierteljahr auf den Schulbeſuch verzichten müſſen; ſchließlich im Sommer nachholen werden, was ſie im Winter verſäumt und bei Beginn der Herbſtſtürme wieder zuhauſe bleiben müſſen — wenn nicht . . . wenn nicht das große Waſſer überbrückt oder ausgetrocknet wird, damit die Kinder trockenen Fußes hinüberſpazieren können. — Oder gar ein freundliches Kultusminiſterium, das ſie dort auch ſchon haben ſollen, ſich ihrer erbarmt.

Vielleicht entſinnen ſich Berliner Ausflügler eines lieblichen Ausflugsortes in der Nähe Berlins, der mit der oben genannten Inſel wenigſtens — den Namen gemeinſam hat. —

Nebenbeigeſagt, iſt dieſer Ausflugsort in dreiviertel Stunden vom Potsdamer Platz bequem zu erreichen. K.

Tauſendmarkſcheingeſchäfte. Eine Schwindlerbande von fünf Perſonen, die ſeit Jahresfriſt ihr Unweſen trieb, wurde jetzt von der Inſpektion 8 der Berliner Kriminalpolizei unſchädlich gemacht. Zwei junge Männer aus Fürſtenwalde, die Beziehungen zu Banklehrlingen hatten, wußten dieſe im vergangenen Jahre dazu zu bewegen, rotgeſtempelte Tauſendmarkſcheine, die ihnen infolge ihrer Tätigkeit bei den Banken in die Hände kamen, auf kurze Zeit an ſich zu nehmen, um ſie gegen ein hohes Aufgeld zu verkaufen. Als nun einem Banklehrling aus Fürſtenwalde 20 000 M. rotgeſtempelter Scheine übergeben wurden, um ſie bei der Bank einzuzahlen, traf er ſich mit den beiden Leuten mit einer angeblichen Baronin von Kerſtenſack und einem Herrn Keßler, die als Käufer auftraten. Bevor das Geſchäft zum Abſchluß kam, trat ein dritter Mann in der Uniform eines Sicherheitsſoldaten hinzu und beſchlagnahmte die Tauſendmarkſcheine. Die „Baronin" gab ſich zugleich als Beamtin des Kriegswucheramts aus. — Ebenſo erging es einem zweiten Lehrling, der mit dem Konſortium in einem Café am Potsdamer Platz zuſammengekommen, um 15 Tauſendmarkſcheine zu verkaufen. Während einer der Gauner dabei war, die Nummern der Scheine zu notieren, erſchien wieder der „Sicherheitsbeamte" und beſchlagnahmte das ganze Geld. Nachdem die Bande eine ganze Zeit hindurch nichts mehr von ſich hatte hören laſſen, verſuchte ſie jetzt wieder einen ähnlichen Schwindel, wurde jedoch abgefaßt und feſtgenommen. Die angebliche Baronin entpuppte ſich als eine Vermieterin Marie Kuhl, ihr Begleiter als deren Geliebter, ein Student Karl Keßler.

Für die Gleichberechtigung der weiblichen Poſtbeamten. Im Herrenhaus proteſtierte eine Verſammlung von Poſt- und Telegraphenbeamtinnen gegen das Unrecht, das den weiblichen Beamten in der bisher vorliegenden Beſoldungsreform zugefügt werden ſoll. — Die Referentin des Abends zeigte unter lebhaften Beifalls- und Entrüſtungsäußerungen der Verſammelten das Unrecht, das man ihnen zuzufügen gedenke durch Einſetzung der weiblichen Beamten in eine niedrigere Klaſſe gegenüber den gleichqualifizierten Beamten. Sie hob hervor, daß dieſe männlichen Kollegen durch ihre Organiſationen ſich abſolut mit dem Proteſte der Frauen einverſtanden erklärt hätten, und forderte in einer einſtimmig angenommenen Reſolution vom Miniſterium und den Parlamenten die gerechte Bewertung der Frauenarbeit, vor allem Einſtellung der weiblichen Beamten in Klaſſe 4 bzw. 5 und Ausmerzung der heute beſtehenden Unterſchiede in den Ortszuſchlägen zwiſchen ſogenannten „unterſtützungsverpflichteten" und „alleinſtehenden" Perſonen.

Die Vertreter der Parteien ſprachen den Beamtinnen ihre Sympathie aus, ebenſo unſere Genoſſen Müller und Steinkopf, von denen der letztere beſonders auf die ihm gelungene Herſtellung einer Solidarität zwiſchen Poſt- und Eiſenbahnbeamten hinwies.

Zur Linderung der Möbelnot wollte der Berliner Magiſtrat noch 300 Wohnungseinrichtungen anfertigen laſſen. Er muß jetzt der Stadtverordnetenverſammlung mitteilen, daß die von ihr hierzu bewilligten 650 000 M. „infolge der unausgeſetzt ſteigenden Preiſe für Arbeitslöhne und Materialien" nur noch für 220 Wohnungen reichen werden.

Der Tod in der Spree. Ein aufregender Vorfall ſpielte ſich an der Lutherbrücke ab. Dort ſprang vor den Augen der Paſſanten eine ungefähr 60 Jahre alte Frau in der Spree. Sie wurde jedoch noch lebend herausgezogen und nach dem Krankenhaus Moabit gebracht. Hier ſtarb ſie, ohne das Bewußtſein wiedererlangt zu haben. Die Lebensmüde trug einen ſchwarzen Oberrock, zwei ſchwarze Bluſen, eine ſchwarze Schürze und ein ſchwarzes Umſchlagetuch. Ihr Hemd iſt W. II gezeichnet.

Kultusminiſter Haeniſch beſuchte heute vormittag in Begleitung des Unterſtaatsſekretärs Becker das Inſtitut für Sexualforſchung. Dem einleitenden Vortrag des Leiters des Inſtituts Sanitätsrat Dr. Magnus Hirſchfeld, der auf die erfreulichen Erfolge der Sexualforſchung hinwies, ſchloß ſich ein Rundgang durch die Räume des Inſtituts an, bei welchem dem Miniſter einige Experimente der Hypnoſe der künſtlichen Höhenſonne und mikroſkopiſcher Unterſuchungen vorgeführt wurden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Charlottenburg. 1. Gruppe. Mittwoch, abends 7½ Uhr, im Genoſſenſchaftsreſtaurant (Schellbach), Königin-Eliſabeth-Str. 6: Beſprechung über die Elternbeiratswahl. Vorwärtsleſer herzlich willkommen.

Wirtſchaft.

Der Stand der deutſchen Währung.

	100 Schweizer Franken	100 holländiſche Gulden
koſteten am 31. 7. 1914	81 M.	168 M.
„ „ 31. 12. 1916	117 „	289 „
„ „ 31. 12. 1917	220 „	221 „
„ 1. 4. 1918	112 „	216 „
„ „ 10. 11. 1918	140 „	290 „
„ „ 31. 12. 1918	178 „	346 „
„ „ 1. 7. 1919	250 „	585 „
„ „ 31. 12. 1919	885 „	1586 „
„ „ 2. 1. 1920	879 „	1886 „
„ „ 6. 1. 1920	875 „	1859 „
„ „ 16. 1. 1920	1000 „	2091 „
„ „ 24. 1. 1920	1560 „	3040 „
„ „ 27. 1. 1920	1802 „	4204 „
„ „ 30. 1. 1920	1501 „	3808 „
„ „ 5. 2. 1920	1721 „	3764 „
„ „ 28. 2. 1920	1610 „	3725 „

Das freie Spiel der Kräfte unſer Verderben.

Das jeden Denkenden beklemmende Gefühl eines wüſten Chaos in unſerem Wirtſchaftsleben ſcheint nur dadurch zu beheben zu ſein, daß eine ordnende, mit ausreichenden Machtmitteln, aber auch mit weitſichtigem Geiſte ausgeſtattete Gewalt in das nach unſeren letzten Erfahrungen zum Verderben führende „freie Spiel der Kräfte" eingreift. Verſchiedene Umſtände, u. a. die kürzliche Verordnung über eine neuerliche Beſtandsaufnahme von Zink, die auf anderen Gebieten neuerdings von Behörden für die Rohſtoffverteilung angeforderten Dringlichkeitsbeſcheinigungen oder Bedarfsnachweiſungen bei Staatsaufträgen, ſowie die volkswirtſchaftlich ungerechtfertigten Preistreibereien in Leder und Häuten, die bereits behördliche Anregungen zu erneuter ſtaatlicher Bewirtſchaftung und Preisfeſtſetzung veranlaßt haben, weiſen darauf hin, daß der Staat die Aufgabe der Verteilung wieder in die Hand nehmen will. Rückſchreitend werden wir in Zukunft in vermehrtem Maße die Zwangswirtſchaft erleben, die durch die Induſtrie in die freiere Form der großenteils ſchon beſtehenden Syndikaliſierung geleitet werden dürfte. (Voſſ. Ztg.)

Die Betriebsratswahlen.

Ein kommuniſtiſches Urteil.

Ueber die Taktik der Unabhängigen bei den Betriebsrätewahlen ſchreibt „Die Rote Fahne“:

Die U.-S.-P.-Vorſtände der Berliner Gewerkſchaften und die U.-S.-P.-Fraktion der Berliner Gewerkſchaftskommiſſion haben nicht den Mut gehabt, offen zu erklären: Es handelt ſich um eine politiſche Wahl, die Liſten müſſen nach politiſchen Geſichtspunkten, alſo nach Parteirichtungen aufgeſtellt werden. Trotzdem wollten ſie natürlich, daß möglichſt viel U.-S.-P.-Leute aufgeſtellt, möglichſt lauter U.-S.-P.-Kandidaten gewählt werden. Sie haben deshalb, weil ſie in Berlin die Mehrheit haben, ſich für einheitliche Gewerkſchaftsliſten entſchieden, um ſo der Partei die Herrſchaft in den Betriebsräten zu ſichern. Das war unehrlich, und wie alles Unehrliche gegenrevolutionär.

Was ſagen die Unabhängigen zu dieſem Urteil?

Gewerkſchaftsbewegung

Der Lohnkonflikt in den Brotfabriken.

Die Brotfabrikanten ſcheinen nicht die Abſicht zu haben, den Forderungen ihrer Arbeiter entgegenkommen zu wollen. Auf eine nochmalige Anfrage der Verbandsleitung, wie ſich die Fabrikanten zu den Forderungen ſtellen, gaben ſie die Antwort, daß ihr Beſchluß beſtehe. Nachdem nun die Verbandsleitung nochmals die Forderung jedem Arbeitgeber einzeln zugeſtellt hat mit dem Erſuchen, bis zum 28. Februar zu antworten, werden ſich die Geſellen am Dienstag mit dieſen Antworten beſchäftigen und ihre weiteren Maßnahmen beſchließen. Wie uns mitgeteilt wird, werden ſich auch die Brotkutſcher, die ebenfalls ergebnislos wegen Aufbeſſerung ihrer Arbeitsbedingungen und Löhne an die Fabrikanten herangetreten waren, den Bäckern anſchließen.

Verein Arbeiterpreſſe.

Wir machen unſere Genoſſen darauf aufmerkſam, daß die Stimmzettel für die Wahl der Delegierten zur Generalverſammlung des Vereins Arbeiterpreſſe bis ſpäteſtens 4. März in den Händen des Vorſtandes ſein müſſen. Die Liſte der S.-P.-D.-Mitglieder iſt die Liſte Nr. 1. Die Stimmzettel (es genügt ein Zettel mit der Aufſchrift Liſte 1) müſſen in beſonderen Umſchlägen, die bei den Vertrauensleuten der einzelnen Orte zu haben ſind, an den Vorſtand eingeſandt werden. Es ſind nur die Stimmzettel gültig, die in den mit der Adreſſe der Geſchäftsſtelle bedruckten Umſchlägen einlaufen.

Lohnbewegung der Groß-Berliner Friedhofsarbeiter.

Durch die Teuerung aller Lebensmittel und Gebrauchsartikel war auch die Groß-Berliner Friedhofsarbeiterſchaft gezwungen, eine Teuerungszulage zu den bisher beſtehenden tariflich geregelten Lohnſätzen zu fordern. Die kirchlichen Gemeinden hielten den Verband zunächſt nicht einmal einer Antwort auf ſeine Schreiben wegen der Teuerungszulage würdig. Erſt auf deſſen ultimative Mahnung an ſeine Forderung antworteten ſie nach mehr als dreiwöchiger Verſchleppung der Angelegenheit und lehnten nicht nur allein die Forderung der Arbeiterſchaft unter Verdrehung der tatſächlichen Verhältniſſe rundweg ab, ſondern waren auch zu Verhandlungen über dieſe Forderung nicht bereit.

Die Arbeiter hatten einmütig die Abſicht, dieſe brüske Ablehnung ihrer berechtigten Forderung mit dem Streik zu beantworten. Inzwiſchen hatte der Demobilmachungskommiſſar von der Gefahr eines Generalſtreiks auf den Friedhöfen erfahren, und, um deſſen Vermeidung zu verſuchen, angeordnet, daß der Schlichtungsausſchuß eine Einigungsverhandlung verſuche. Auf dieſe Nachricht hin hat die Arbeiterſchaft den Streik vertagt, um zu beweiſen, daß ſie gewillt iſt, das letzte friedliche Mittel zu erſchöpfen, um eine Einigung zu erzielen.

Der Schlichtungsausſchuß hat nunmehr unter Vorſitz des Reichsminiſters a. D. Wiſſell eine Einigung verſucht, die gerade von den Kirchengemeinden ſchroff abgelehnt wurde, während die Arbeitnehmervertreter zu einer ſolchen bereit waren. Der Spruch des Schlichtungsausſchuſſes, der nunmehr notwendig war, gibt den Arbeitern eine wöchentliche Teuerungszulage von 28 M., rückwirkend ab 1. Januar 1920. Wenn auch dieſer Spruch nicht im geringſten das bringt, was die Friedhofsarbeiter erhofften, ſo ſind ſie trotzdem gewillt, den Schiedsſpruch anzunehmen. Die Gemeinden jedoch ſcheinen den Schiedsſpruch wiederum ablehnen zu wollen und beweiſen dadurch erneut, daß ſie weder Verſtändnis für die Not ihrer Arbeiter haben, noch gewillt ſind, den wirtſchaftlichen Frieden, den die Arbeiterſchaft mit größter Selbſtverleugnung und Selbſtbeherrſchung zu erhalten beſtrebt iſt, zu fördern.

Von der Bevölkerung erwartet die Friedhofsarbeiterſchaft für ihre beſcheidene Forderung vollſte Sympathie, denn jeder Einwohner wird ſich klar machen können, daß die Arbeiterſchaft ſich nicht unter allen Umſtänden der Gnade einer äußerſt reaktionären Arbeitgeberſchaft preisgeben kann.

Die Verſicherungsangeſtellten nahmen am Sonnabend in einer ſtark beſuchten Verſammlung Stellung zum Schiedsſpruch, der von dem vom Reichsarbeitsminiſterium eingeſetzten Schlichtungsausſchuß gefällt worden iſt. Ueber die Annahme des Schiedsſpruchs, deſſen Inhalt wir in unſerer Nr. 108 bekanntgegeben haben, ſoll eine Urabſtimmung in den Betrieben entſcheiden.

Deutſcher Muſikerverband. Mit den Vertretern des Berliner Philharmoniſchen Orcheſters und den dort engagierten Aushilfsmuſikern iſt durch den Deutſchen Muſikerverband, Ortsverwaltung Berlin, eine für beide Teile zufriedenſtellende Regelung der Gagen- und Dienſtverhältniſſe getroffen worden. Die Muſiker erhalten eine 33prozentige Gagenaufbeſſerung rückwirkend ab 1. Januar 1920.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanſtalt Paul Singer u. Co. Berlin Lindenſtr. 3

Zentralverband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgenoſſen Deutſchlands. Zahlſtelle Berlin.
Dienstag, 2. März, abds. 6 Uhr, im Gewerkſchaftshaus, Saal 5:
Verſammlung
der Beſchäftigten i. d. Großbäckereien.
Tagesordnung: Die Antwort der Brotfabrikanten und unſere Maßnahmen. 40/5
Aufgabe jeden Betriebes iſt es, in der Verſammlung vertreten zu ſein. Die Verwaltung.

Alte Gebisse
auch zerbrochene, bis 3000 Mark.
Einzelne Platinstiftzähne von 21,25—200 Mark,
jedoch nicht unter 21,25 M. pro Zahn,
Platin-Brennstifte, Kontakte usw.
bis 320 Mark pro Gramm
Gold, Silber, Geräte, Schmucksachen und Juwelen kauft zu den höchsten Tagespreisen
täglich von 9 bis 8 Uhr abends
J. Herz, Fehrbelliner Straße 52,
Vorderhaus links parterre.
Sonnabend nur von 6 bis 8 Uhr abends.

Metalle bedeutende Preiserhöhung!
Platin! Zahngebisse. Zahn bis 75 Mark. Gold- u. Silbersachen! Münzen! Salpeters. Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguß! Messing! Nickel! Aluminium! Zinn! Stanniolpapier! Zink! Blei! Flaschenkapseln! Schriftblei, alle Metalle höchstzahlend
Edelmetall-Einkaufsbureau. Weberstraße 31 — Alex. 4243. —

Kupfer 25-26 M.,
Aluminium 20—21,50 M., Rotguß 20—23 M. Messing 15—16 M., Blei 9—10 M. p. Kilo, Zink, Zinn, Lagermetall kauft
Schlosserei Niemann,
Stallschreiberstraße 35, am Moritzplatz.

Platin höchsten Preis
Brennstifte, Goldbruch und Silberbruch
Gebisse Zahn 20,00 M.
kauft Linke Blücherstraße 40 Port. 2. II. 9—7 Uhr.

Höchste Tagespreise
für
Kupfer, Meſſing, Blei
zahlt
C. Wilke, Stallschreiberstraße 45, Laden.

Sie haben einen Vogel
abgeschossen, wenn Sie Ihre
Metallabfälle und Alteisen
nur an mich verkaufen. Zahle stets höchste Tagespreise.
Eisen- und Metallgroßhandlung Willy Seydlitz.
Hauptgeschäft:
Neukölln, Liberdastraße 4. Tel.: 9405.
Nur für engros.
Metallankaufsstellen: Hermannpl. 4. Böhmische St. 16 (nahe Richardpl.) Berlin, Schönhauser Allee 151. — Pücklerstraße 31.
Größere Posten werden abgeholt.
Post- und Bahnsendungen werden prompt erledigt.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins.

Zahn-Praxis Endter Nflg. Alvenslebenstr. 21, Hchb. Bülowstr. 9—12, 2—6. Sonntags 9—12.
Spezialität: Gaumenloser Zahnersatz
Zähne 2 Jahre schriftl. Gar. 4 M.!
Zähne m. echtem Friedenskautschuk 6.
Munduntersuchung gratis. Keine Luxuspreise.

Ich zahle immer die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Gold- u. Silber-
Medaillen und andere Metalle sowie Alte Gebisse kauft
2 Ankaufsstellen
Gottheim, Mariannenstr. 12 und Schmidstr. 17 a.
gegenüber Schäferstraße.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins

Möbel,
Teppiche, Gardinen, Kronen, Dekorations- u. Wirtschaftsgegenstände, auch Kleidungsstücke u. Bettwäsche kauft höchstzahlend
Althandlung Bärwaldstr. 48.
Schriftl. Angebote werden prompt erledigt

Spezialarzt
Dr. med. Hasché
Friedrichstr. 90, direkt am Stadtbahnh.
Spr. 10—1, 5—8. Sonnt. 11—1.
Harn- u. Blutuntersuchung

Zähne v. 4 M. an. Teilzahlung. Kronen 15 M. Plomben 1,50. Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlos. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt Wolf sol. Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 9-7.

Die höchsten Tagespreise
für Messing, Kupfer, Blei, Zink, Weißmetall, Nickel, Aluminium, Metallspähne
zahlt per Kilo, bei größeren Poſten mehr. Sendungen von außerhalb werden prompt erledigt.
Metallſchmelze Mariannenſtr. 24, an der Kottbuſer Brücke. Amt Mpl. 10656, Nebenanſchl.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins.

Mitgl. d. Vereins d. Altmetallhändl. Groß-Berlins
Kupfer kg 22,—
Messing „ 12,—
Blei „ 8,—
Zink „ 7,—
H. Samuelsohn,
Berlin O 26,
Naunynstraße 38,
an der Oranienbrücke
Moritzpl. 4500.

Alt-Metalle
Kupfer, Meſſing, Blei, Zink, Stanniol uſw. ſpez. Zinn, Wiſmut, Lagermetall und Queckſilber kauft zu höchſten Tagespreiſen
Rohprodukten-Großhdlg.
Dresdener Str. nur 13/14
Mpl. 12598. Kulante Abnahme.
Händler geſucht.
Mitgl. d. Verb. d. Altmetallhdlr.

Platin
höchste Preise
Zahngebisse
bis 3000 Mark, jedoch pro Zahn nicht unter 21 M.
Gold, Silber-schmucksachen
Gebrauchs-gegenstände
sowie Bruch
konkurrenzl. Preise
Pilz
Alte Schönhauser Straße 19 II.
Geschäftszeit: 9—5 Uhr.

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenſtr. 78.

Metallankaufsstelle Oster
Andreasstr. 33, — vis-a-vis der Markthalle — zahlt die höchsten Tagespreise f
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw

PLATIN
stets zu höchsten Tagespreisen.
Gold, Silber in Bruch in Barren
Brennspitzen, Platinkontakte, Zahngebisse, Quecksilber
kauft höchstzahlend
Adolf Friedländer, Berlin,
Kommandantenstr. 29, 1 rechts.

Schick modern werden
Damenhüte umgepreßt
Eckſteins Hutfabrik
Invalidenstraße 53
Ecke Chausseestraße.
Kein Laden.

Kupfer .... 22.—
Meſſing ... 12.—
Blei ..... 8.—
Zink ..... 7.—
Zinn ... b. 70.—
Lagerm. . b. 30.—
per Kilogramm
Metallankauf
Drieſenerſtr. 24
Ecke Schivelbeiner Str.
Mitglied des Vereins der Altmetallhändler Groß-Berlins.

Kupfer 22,0
Messing .. 12,0
Blei 8,0
Zink 7,0
Quecksilber . 150,0
„Metalleinkauf“
Schulzendorfer Str. 2
Mitgl. d. Vereins d. Altmetallhändler Groß-Berlins.

Blei! Zinn!
Nehme all!
alle Legierung, jede Menge, zu höchſtem Tagespreis kauft Edelmetall-Einkaufsbureau. Weberſtraße 31 (Alex. 4243).

Echte Perserteppiche
bis 3×4 aus Privathand gesucht. John Rosenthal, Berlin W. 8, Taubenstr. 10. Fernsprecher Zentrum 791.

!!! Geld !!!
für jede Wertſache. Höchſte Ankaufspreiſe für Pfandſcheine, Brillanten, Goldgegenſtände, Teppiche, Bücher uſw. Wolff, Friedrichſtr. 41 III, Ecke Kochſtr.

Verkäufe

Wandlitz, nahe Bahnhof, Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hüllen, Steglitz, Bionvilleſtraße 11, Fernſprecher Steglitz 2904.

Beſſere Anzüge ſpottbillig, in eigener Werkſtatt gearbeitet. Ruß, Wilhelmſtraße vierzig A, Kochſtraßenecke. •

Gardinen, Künſtlergarnitur, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerſtraße 13. 152K*

Gardinen aller Art, Künſtlergardinen in reichhaltiger Auswahl, ſowie Stores, Bettdecken, Steppdecken, Gardinenſtoffe ſehr preiswert. Magazinſtraße 1, nahe Jannowitzbrücke, Alexanderplatz.

Beleuchtungs-Fabrik verkauft direkt an Private, für Gas und elektriſche Kronen, zum Fabrikpreiſe. Brückenſtraße 6 (Jannowitzbrücke). •

Frühjahrskoſtüme, einfache bis feinſte Modelle, Mäntel, Röcke, ſchicke Bluſen, Seidenkleider für alle Gelegenheiten, reizende Wollkleider billigſt. Michaelis, Mauerſtraße 86, eine Treppe, neben Konzerthaus. •

Geſchäftsverkäufe

Flottgehendes Zigarrengeſchäft, Fabrikviertel, wegen Krankheit ſofort zu verkaufen. Waſſertorſtraße 6.

Möbel

Chaiſelongues 98,—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Ankleideſchränke. Weiße, Auguſtſtraße 72 A. Quergeb.

Möbelfabrik Georg Tennigkeit, Oranienſtraße 172/173. Große Auswahl in Nußbaum-Wohnungseinrichtungen, Kücheneinrichtungen, Eichen-Schlafzimmer ſowie Herren- und Speiſezimmer. 157K•

Küchen, moderne, mit und ohne Aufſätze, roh, geſtrichen, lackiert, enorm preiswert. Rieſenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerſtraße 22 (Schönhauſer Tor).

Möbel gegen bar und Teilzahlung. Große Auswahl in Wohn-, Schlaf- und Speiſezimmern, farbigen Küchen, einzelnen Möbeln. Eichenthal, Oranienſtraße 14a (Heinrichplatz). Gegründet 1879.

Möbel. Infolge günſtigen Einkaufs Rieſenlager in 4 Etagen, Speiſezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen, einzelne Möbel. Auf Wunſch Teilzahlung. Möbelhaus W. Damitt, Roſenthalerſtraße 46/47. 155K*

Muſikinſtrumente

Pianos, beſonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige neue. Pianohaus Max Becker, Andreasſtraße 47. 63K*

Rabrahſtein, Pianos, Flügel, Friedensware, größte Auswahl, Münzſtraße 10. •

Sterling-Pianos, neue, gute geſpielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuſerſtr. 5. 75K*

Gutgeſpielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerſt billig. (Unterricht M.— Monatshonorar. Dreimonatskurſe zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas uſw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienſtr. 166. 158K

Pianos. Stutzflügel. Harmonien jeder Holz- und Stilart. Kunſtſpielapparate. Notenrollen. Gebrauchte Inſtrumente in eigener Reparaturwerkſtatt wie neu hergeſtellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kaſſe, daher billigſte Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzſtraße 16. •

Kaufgeſuche

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker-, Spuldraht, Wickeldraht kauft höchſtzahlend Elektrobureau Oranienſtraße 190. Moritzplatz 4016.

Silberſchmelze Chriſtionat, nur Köpenickerſtraße 29a (gegenüber Manteuffelſtraße) kauft höchſtzahlend: Zahngebiſſe, Platinabfälle, Goldſachen, Silberſachen, Queckſilber, Kupfer, Meſſing, Zinn ſowie ſämtliche Metalle.

Pianos, Flügel oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schachtſchneider, Budapeſterſtraße 14 III. 151K*

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alte Zahngebiſſe, Abfälle, Ketten, Ringe, Beſtecke, Uhren, unmodern gewordener Schmuck, Tafelaufſätze ſowie Geräte kauft zu höchſten Tagespreiſen Goldſchmelze Kokoſch, Berlin, Brunnenſtraße 106. Telephon: Humboldt 3480. Eigene Schmelze. Selbſtverbraucher. •

Platin über Tagespreis, Brennſtifte, Platinkontakte, Gold, Silber in Bruch, auch in Barren, Queckſilber, Zahngebiſſe kauft zu den höchſten Preiſen Adolf Friedländer, Kommandantenſtraße 29 1, rechts. 145K*

Kupfer! Meſſing! Zinn! Stanniol! ſämtliche Altmetalle! Queckſilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebiſſe kauft zu Schmelzpreiſen in unſeren 3 Einkaufsſtellen „Metall-Zentrale“ 1.) Bahnhofſtraße 2 (Ecke Schönebergerſtraße, am Anhalter Bahnhof); 2.) Weidenweg 72 (am Baltenplatz); 3.) Neukölln, Kaiſer-Friedrichſtraße 229 (nahe Hermannplatz). 167K

Metalle! Bedeutende Preisſteigerung! Platin-Zahngebiſſe, Zahn bis 75.—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpeterſaures Silber! Queckſilber! Glühſtrumpfaſche! Stanniolpapier! Kupfer! Rotguß! Meſſing! Aluminium! Nickel! Zinn! Zink! Blei! Höchſtzahlend Schmelzerei Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberſtraße 31, Alexander 4243. 75K*

Kupfer! Meſſing! Zinn! Stanniol! ſämtliche Altmetalle! Queckſilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebiſſe kauft zu Schmelzpreiſen in unſeren 3 Einkaufsſtellen „Metall-Zentrale“ 1.) Brunnenſtraße 11 (am Roſenthalerplatz); 2.) Fennſtraße 48 (am Weddingplatz); 3.) Beuſſelſtraße 29. 162K

Metallſchmelze Mariannenſtraße 7a (am Heinrichplatz). Allerhöchſte Tagespreiſe ſämtlicher Metallabfälle ſowie Platin, Gold, Silber, Queckſilber. 1/13*

Achtung! Roßhaare, Garne, Schafwolle, Bindfaden, Leinenbänder, Seide, Stoffe kauft Meyer, Lothringerſtraße 100, Norden 10904. •

Metalle, wie Kupfer, Meſſing, Bronze, Zinn und Aluminium kaufen zu höchſten Tagespreiſen und jeden Poſten Autogen-Schweißerei Blumberg u. Reuter, Berlin N. 39, Gerichtſtr. 72. Fernſprecher: Humboldt 1259. •

Klaviere kauft Moſenius, Weberſtraße 63. Königſtadt 6646. 43/13*

Spiralbohrer, bis 200 Prozent Aufſchlag, kauft Löſcher, Chauſſeeſtraße 54, part. •

Schellack, Leim, Pinſel, Benzin kauft Farbenhandlung, Fehrbellinerſtraße 24. 44/13*

Möbeleinkauf. Klaviere, Schlafzimmer, Teppiche, Speiſezimmer, Kücheneinrichtung, ganze Nachläſſe kauft höchſtzahlend Meyer, Lothringerſtraße 100, Norden 10904. •

Jagdwaffen kauft und erbittet Angebot J. Gorlipa, Falkenberg, Bez. Halle.

Angellager kauft ſtändig Reinickendorf-Schönholz, Granatenſtraße 1 III links. 5—7 Uhr. •

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft Peters, Prenzlauerſtraße 24. •

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft Möbus, Waldſtraße 3. •

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft G. Ermel, Gubenerſtraße 39. •

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft Degener, Bahnſtr. 46, Schöneberg. •

Kupfer, Meſſing, Altmetall, Queckſilber kauft Haaſe, Skalitzerſtraße 95 A, Ecke Lauſitzer Platz. •

Chapeau ſucht zu kaufen: Kleiderſchrank, Nachttiſch, große Waſchtoilette, Kinderbett, Schreibtiſch. Zweckdienliche Mitteilungen mit Preisangabe bitte unter „E. D. 79“ an die Zweigſtelle A.-A., Greifenhagenerſtraße 22. +19

Kinderwagen oder Klappſportwagen ſowie Herrenfahrrad und Damenfahrrad kauft Fitte, Prinzenſtr. 86 II. Preisofferten oder Beſuch erbeten. +19

Zahngebiſſe, Platin, Goldbruch, Silberbruch, Edelſteine, Schmuckſachen kauft Edelmetallſchmelze, Blumenſtraße 86. •

Spiralbohrer zahlt über Tagespreiſe Amtsber, Chriſtburgerſtraße 41. +19*

Unterricht

Maſchinenbau, Elektrotechnik. Tagesſchule, Abendſchule. Techniſche Privatſchule Steinmacher, Friedrichſtraße 118. •

Kaufmänniſche Privatſchule von Hugo Strahlendorff, Beuthſtraße 11, am Spittelmarkt. Fernruf Zentrum 1736. Am 8. April beginnen Halbjahres- und Jahreslehrgänge für jüngere und ältere Damen und Herren zur Ausbildung für das Kontor. Beſondere Lehrgänge für Damen und Herren mit höherer Schulbildung. Dreimonats-Lehrgänge in Maſchinenſchreiben und Kurzſchrift, in Buchführung, Rechnen, Handelskunde uſw. Anmeldungen täglich. Lehrpläne koſtenlos. •

Geſundbrunnen. Kaufmänniſche Privatſchule Boleslaus Koſſak, Badſtraße 67, Humboldt 225. Anmeldungen jederzeit. Druckſachen koſtenfrei. April neue Lehrgänge.

Engliſchen Unterricht für Anfänger und Fortgeſchrittene, ſowie deutſche und franzöſiſche Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 8. Gartenhaus IV.

Tanzſchule Friedrich, Dresdenerſtraße 32/33. Neue März-Schnellzirkel beginnen.

Verſchiedenes

Detektive Damm, Invalidenſtraße 38, Norden 7712. Auskünfte, Ermittelungen, Beobachtungen, Beweismaterial. Verbrechen Aufklärung.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Arbeitsloſe guter Verdienſt. Vormittags melden. Berliner Flaſchen-Vertrieb, Am Krögel 1 (Molkenmarkt). •

Arbeiter für Malereigeſchäft, der ſchon in ſolchem tätig war, für Werkſtatt und Materialtransport per ſofort für dauernde Stellung geſucht. Gebr. Bendiſch, Schwäbiſcheſtraße 7. 40/13

Lehrlinge ſtellt bei hohem Koſtgeld und 3½jähriger Lehrzeit ein Ch. Puls, Eiſenkonſtruktions- und Kunſtſchmiedewerkſtatt, Berlin-Tempelhof, Germaniaſtraße 137/138. •

Autogen-Schweißerinnen verlangt Deutſche Total-Geſ., Charlottenb., Guerickeſtr. 21.

Schellack, Leim, Terpentin, Bleiweiß, Firnis kaufen Gebrüder Borowski, Gneiſenauſtraße 3, Kollendorf 2379. •

Stepperinnen, Anarbeiterinnen, Seidenkleider. Wilde, Kopenhagener Straße 77.

Näherin auf Mantelkleider, hoher Lohn, verl. Herzberg, Wilmersdorf, Babelsberger Straße 5, Gartenhaus.